

ANZEIGE

OBJEKTEINRICHTUNGEN
RAUMKONZEPTE
MÖBEL
FENSTER
TÜREN



NTS
TISCHLEREI LINDEN
nts-tischlerei.de
TEL 05822 94170

LOKALES

Autohändler ein Betrüger?

Der Vorwurf lautet gewerbsmäßiger Betrug. Ein Lüneburger Autohändler soll Fahrzeuge zum Verkauf angeboten und Geld kassiert haben, obwohl er die Autos gar nicht hatte. Nun steht er vor Gericht. » Seite 3

Kinder aus Oedeme lernen in Häcklingen

Damit die gerade ausgebaute Grundschule Häcklingen in den nächsten Jahren dreizügig bleibt, sollen Kinder aus dem Rosenkamp in Oedeme künftig dort lernen und nicht mehr am Hasenburger Berg. » Seite 5

Arena-Bau soll ökologischer werden

Die Grünen im Lüneburger Kreistag wollen die Arena Lüneburger Land „ökologisch optimieren“. Die Verantwortlichen für den Bau warnen aber schon jetzt vor „nicht zu beziffernden Auswirkungen auf Zeit und Geld“. » Seite 7

KULTUR

Erfolgreiche Winterbienen

Es läuft gut für den Schriftsteller Norbert Scheuer: Er ist mit seinem Roman „Winterbienen“ für den Deutschen Buchpreis nominiert, jetzt erhält er den mit 30 000 Euro dotierten Wilhelm-Raabe-Preis. Am 23. Oktober kommt er nach Lüneburg. » Seite 11

SPORT

Pro Golf Tour mit Finale in Adendorf

Im Castanea Golf Resort in Adendorf wird vom kommenden Montag an erneut das Finalturnier der Pro Golf Tour ausgetragen. Die Organisatoren erwarten Top-Sport der 72 besten Tour-Profis. » Seite 21

WETTER

18°
13°



Nur vereinzelt kommt mal die Sonne hervor. Häufig halten sich dicke Wolken, die zeitweise Regen bringen. Der Wind weht mäßig aus Süd.



Auf ein Wort mit Emil Igel

Die Zeit des Winterschlafs für die Igel rückt näher. Wie man ihnen bei der Vorbereitung helfen kann und was man auf gar keinen Fall tun sollte, steht heute auf der

» Seite 13 Foto: AdobeStock

Drohungen und Gewalt sind Alltag in den Behörden

Wissenschaftlerin befragt Niedersachsens Verwaltungschefs. Das Ergebnis ist alarmierend. Der in der Lüneburger Universität tagende Städtetag fordert Hilfe aus Hannover

VON CARLO EGGELING

Lüneburg. Wer in kommunalen Behörden arbeitet, braucht ein stabiles Nervenkostüm. Ein Drittel der Mitarbeiter in einigen Bereichen ist durchschnittlich einmal die Woche verbalen Aggressionen ausgesetzt, die Hälfte der Kollegen zumindest einmal im Monat. Das ergibt sich aus einer Befragung des Niedersächsischen Studieninstituts an der Kommunalen Hochschule für Verwaltung im Auftrag des Niedersächsischen Städtetages in Rathäusern zwischen Harz und Heide. Sie melden „Kunden“, die im Eingang oder in Büros Bilder von den Wänden reißen, Türen knallen und Schreibtische abräumen.

Gestern stellte Prof. Dr. Johanna Groß die Untersuchung bei der Tagung des Städtetages in der Lüneburger Universität mit rund 400 Teilnehmern vor. Im kommunalen Spitzenverband haben sich 121 Städten und Gemeinden zusammengeschlossen. An deren Hauptverwaltungsbeamte hatte die Wissenschaftlerin ihren Fragenkatalog geschickt und um eine Einschätzung gebeten, 84 nahmen teil.

Auch wenn die Befragung vor allem Schlaglichter wirft, zeigt sie ein Bild. In 90 Prozent der befragten Verwaltungen kam es bereits zu Randalen, in 30 Prozent der Fälle passiert das mindestens einmal im Monat. Oftmals ist Alkohol im Spiel, ein Fünftel der Mitarbeiter hat durchschnittlich einmal die Woche einen Betrunknen vor sich sitzen.

Es bleibt nicht nur beim Schreien und Pöbeln. In 60 Prozent der Fälle wurden Kollegen massiv bedroht, auch mit dem

Tod; in 40 Prozent der Fälle bereits körperlich angegriffen: getreten, angerempelt, beworfen, mit Reizgas besprüht.

Auch die Verwaltungschefs selber sind von diesem Verhalten betroffen, mehr als ein Drittel wurde bedroht. Dabei kommt Internetplattformen eine herausragende Funktion zu. Dort verlieren Kommentatoren oftmals jegliches Maß.

Die Verwaltungschefs gehen nur in Einzelfällen davon aus, dass die Ursache der Attacken in

ihren Mitarbeitern begründet ist, etwa wegen Unfreundlichkeit. Eher sehen sie die Gründe bei den Kunden. Stichworte sind „geringe Frustrationstoleranz, problematische Einstellungen und falsche Erwartungen“ an die Ämter. Das treffe nicht nur die Kommunen, sagt Johanna Groß, sondern eben auch Arbeitsverwaltung und Finanzämter. Das wisse man aus anderen Studien.

Der Präsident des Städtetages und Lüneburger Oberbürgermeister Ulich Mädge fordert: „Solche Straftaten müssen mit allen Instrumenten des Rechtsstaates konsequent verfolgt werden. Unsere Sicherheitsbehörden müssen gleichzeitig personell und finanziell entsprechend ausgestattet sein.“ Jede Straftat sollte angezeigt werden. „Es geht im sozialen Bereich, bei der Agentur für Arbeit und in den Notaufnahmen von Krankenhäusern nicht mehr ohne Sicherheitsdienste.“ Der Städtetag will nun eine entsprechende Resolution an die Landesregierung richten.



Professor Johanna Groß berichtet, dass sich ihrer Studie zufolge viele Mitarbeiter in Kommunen von Kunden bedroht fühlen. Foto: t&w

► Ein Video finden Sie unter www.lzplay.de im Internet.

Alternativer Nobelpreis für Thunberg

Stockholm. Die 16-jährige Greta Thunberg wird in diesem Jahr neben drei weiteren Preisträgern mit dem alternativen Nobelpreis ausgezeichnet. Das teilte die Right-Livelihood-Stiftung am Mittwoch in Stockholm mit. Die junge Schwedin erhält die Auszeichnung für ihren Einsatz für mehr Klimaschutz.

„Thunberg ist die mächtige Stimme einer jungen Generation, die die Konsequenzen des heutigen politischen Versagens beim Stoppen des Klimawandels tragen werden muss“, sagte Stiftungsdirektor Ole von Uexküll. Sie habe Millionen Menschen dazu inspiriert, ihre Stimme zu erheben und sofortige Schritte für das Klima einzufordern. Dabei habe Thunberg es geschafft, die politische Debatte über den Klimawandel wieder mit den Fakten zu verknüpfen.

Der alternative Nobelpreis steht in kritischer Distanz zu den traditionellen Nobelpreisen.

Trump erbat Untersuchung gegen Biden

Washington. Präsident Donald Trump sieht sich entlastet, die US-Demokraten hingegen sehen ihn auf frischer Tat ertappt und wollen ihn des Amtes entheben: In einem Telefongespräch mit seinem ukrainischen Amtskollegen Wolodymyr Selenskyj regte Trump Ermittlungen an, die seinem politischen Rivalen Joe Biden schaden könnten.

Er werde seinen persönlichen Anwalt Rudolph Giuliani und Justizminister William Barr beauftragen, sich in der Sache bei Selenskyj zu melden, erklärte Trump einem am Mittwoch vom Weißen Haus veröffentlichten Gesprächsprotokoll zufolge. Die Demokraten sahen es als erwiesen an, dass Trump eine ausländische Regierung einspannen wollte. » Seite 18

Lautstarke Rückkehr des Parlaments

Die Zwangspause des Unterhauses ist nach dem richterlichen Machtwort beendet

London. „Willkommen zurück an unserem Arbeitsplatz.“ So begrüßte der Unterhaussprecher John Bercow am Mittwoch die Abgeordneten bei ihrer ersten

Sitzung nach Aufhebung der Zwangspause des britischen Parlaments. Und was das Drama anbelangte, machten die Volksvertreter da weiter, wo sie vor zwei Wochen aufgehört hatten. Die Opposition ließ ihrem aufgeregten Ärger, ihrer Wut und Frustration über das Verhalten der Regierung freien Lauf. Die Gegner von Boris Johnson warfen dem Premierminister vor, dass er das Unterhaus kaltstellen wollte, um

seinen harten Brexit-Kurs durchzuboxen. Es wurde gebrüllt und gebuht, geschimpft und gekeift.

Boris Johnson befand sich zu diesem Zeitpunkt noch auf dem Flug von New York nach London. Am Abend ergriff er im Parlament das Wort – und forderte die Opposition zu einem Misstrauensvotum auf. Der Premier hat keine Mehrheit im Unterhaus. Bereits zweimal hat er versucht, selbst eine Neuwahl auszulösen.

Einen Vorgeschmack, was später folgen sollte, konnte Downing Street mittags beim Verhör von Generalstaatsanwalt Geoffrey Cox erhalten. Der Konservative war es, auf dessen Empfehlung die Regierung den Zwangsurlass bei Königin Elizabeth II. beantragt hatte. Der juristische Berater attackierte die Opposition scharf. „Dieses Parlament ist ein totes Parlament. Es sollte nicht mehr tagen.“ kp

